



Hauptausschuss

60. Sitzung (öffentlich)

03. September 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Vorstellung des neuen Leiters der Landeszentrale für politische Bildung 5**
Gast: Dr. Guido Hitze
– Wortbeiträge

- 2 Entwurf des Ersten Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. MÄStV) 20**
Antrag
auf Zustimmung gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 17/9831 (Neudruck)
Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
– Wortbeiträge
Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

3 Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums **22**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5358

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

4 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen **23**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9801

Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

5 Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW und über den Verfassungsschutzbericht 2019 (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3796

– Wortbeiträge

Hauptausschuss

03.09.2020

60. Sitzung (öffentlich)

rt

| | | |
|----------|--|-----------|
| 6 | Verschiedenes | 28 |
| a) | Beratungen Haushalt 2021 | 28 |
| b) | Neue Sitzungsslots der Ausschüsse | 28 |
| c) | Verschobene Anhörung zum Paritätsgesetz Drucksache 17/7753 | 28 |
| d) | Förderantragsverfahren Stalag 326 <i>(Bericht beantragt von den Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])</i> | 29 |

* * *

1 Vorstellung des neuen Leiters der Landeszentrale für politische Bildung

Gast: Dr. Guido Hitze

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich begrüße Herrn Dr. Hitze als neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und seine Begleitung. Wir freuen uns, dass Sie sich heute den Mitgliedern des Hauptausschusses persönlich vorstellen möchten. Sie hatten schon bei dem Workshop in der letzten Woche die Möglichkeit, in die Arbeit einzusteigen, mit dem einen oder der anderen aus unserer Gruppe zu diskutieren und Erläuterungen zu geben zu der Frage, wie wir beim Demokratiebericht das Szenario „Umfrage“ mitgestalten können und konnten.

Ich bitte zunächst Herrn Staatssekretär Kaiser als denjenigen, dessen Haus für die Landeszentrale für politische Bildung politisch verantwortlich ist, um einige Sätze. – Bitte schön.

PSSt Klaus Kaiser (MKW): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, Ihnen heute offiziell den neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung von Nordrhein-Westfalen vorzustellen. Nachdem die langjährige und allen sehr bekannte Maria Springenberg-Eich Anfang des Jahres in den Ruhestand gegangen ist, ist Dr. Guido Hitze ab dem 1. Juli 2020 als Leiter der Gruppe 51 beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft eingestellt und ihm die Leitung der Landeszentrale übertragen worden.

Mit ihm haben wir einen außerordentlich qualifizierten Leiter für die Landeszentrale für politische Bildung gewinnen können. Von der Ausbildung her ist er Historiker und Politikwissenschaftler mit, wie viele von uns wissen, jahrelanger Erfahrung im Bereich der politischen Bildung.

Nachdem Dr. Hitze neun Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig war, hat er bereits von 2008 bis 2013 die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen als Leiter der Referate Grundsatz sowie im Bereich der Gedenkstättenförderung, Erinnerungskultur und Kulturpflege der Vertriebenen kennengelernt. Damit ist er natürlich in der Szene sehr vielen bekannt.

Anschließend folgten verschiedene Tätigkeiten im politischen Raum Nordrhein-Westfalens, wobei er zuletzt die Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie“ in Nordrhein-Westfalen hier im Landtag geleitet und das „Haus der Geschichte“ vorbereitet hat.

Das breite Spektrum der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen ist ihm bestens bekannt. Durch seine Erfahrung sowie bisherigen beruflichen Stationen bringt er optimale Voraussetzungen mit, um den Aufgaben der Landeszentrale gerecht zu werden.

Als begeisterter Vermittler von Geschichte und politischer Bildung wird er das demokratische Bewusstsein und die politische Partizipation in Nordrhein-Westfalen weiter fördern – da bin ich ganz sicher – und die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, ihre Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen.

Wir haben letzte Woche – der Vorsitzende hat es eben angesprochen – ein besonders nennenswertes Projekt, das er jetzt verantwortlich vorbereiten wird, nämlich den Demokratiebericht, besprochen, wo wir, glaube ich, einiges an Hinweisen bekommen können, wie wir die Demokratie in unserem Land stärken und unterstützen können. Mit diesem Bericht werden wir auch die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und Weiterentwicklungen für die politische Bildung reflektieren und entwickeln. Ich glaube, dass da die Expertise und Erfahrung von Dr. Hitze helfen wird, die Geschichte der Landeszentrale für politische Bildung innovativ und zukunftsweisend aufzustellen.

Von daher wünschen wir seitens des MKW Dr. Hitze alles Gute. Ich glaube, es wird eine gute Zeit für die Landeszentrale für politische Bildung werden. Ehe ich hier zu lange rede, ist es vielleicht am schlauesten, wenn Herr Dr. Hitze sich selber vorstellt. – Schönen Dank.

Dr. Guido Hitze (Landeszentrale für politische Bildung): Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da brauche ich mich eigentlich gar nicht mehr weiter vorzustellen. Das war schon ziemlich erschöpfend, was Sie gerade gesagt haben. Ich denke auch, der eine oder andere, die eine oder andere wird mich bereits aus den letzten Jahren der beruflichen Tätigkeit kennen. Mit vielen von Ihnen habe ich auf der einen oder anderen Ebene bereits zusammenarbeiten dürfen, sodass ich davon ausgehe, dass ich nicht gänzlich unbekannt bin und hier Neuland betrete.

Deswegen will ich mich jetzt bei meiner Vorstellung eigentlich persönlich zurücknehmen und lieber ein paar Idee, Gedanken vortragen, wie ich mir die nächste Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und ihre alten und neuen Aufgaben vorstelle und welche Akzente ich in dieser Tätigkeit gerne setzen würde.

Ich bin mir bewusst, dass ich in große Fußstapfen trete. Meine sehr geschätzte Vorgängerin Maria Springenberg-Eich hat dieses Amt nahezu 16 Jahre versehen und die Landeszentrale durch ihr Wirken nach innen wie nach außen maßgeblich geprägt. Ich erinnere nur an den von ihr mitentwickelten und auch praktizierten Slogan „Demokratie leben“. Das hat sie die ganzen Jahre über nicht nur als Parole vor sich hergetragen, sondern sie hat es wirklich gelebt, wirklich praktiziert und damit auch Maßstäbe gesetzt, an denen ich mich sehr gerne orientiere, zumal ich selber das große Vergnügen hatte, fünf Jahre unter ihrer Leitung Referatsleiter in der Landeszentrale gewesen zu sein, eine Zeit, die mich nachhaltig beruflich geprägt hat.

Ich möchte einen besonderen Fokus auf den eklatanten Umbruch legen, in dem sich die gesamte politische Bildungsarbeit nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik, vielleicht sogar europa- und weltweit befindet, und dabei besonders auf den Umstand hinweisen, dass demokratische Gesellschafts- und Regierungssysteme zurzeit und vielleicht auf Dauer permanent auf dem Prüfstand stehen und von Populisten und Extremisten jeder Art herausgefordert werden.

Ich betrachte es als essentiell, eine kritische Aufgabenevaluation im Bereich der politischen Bildung vorzunehmen, um aktuelle Herausforderungen identifizieren und davon ausgehend zielgerichtete Maßnahmen für die Vermittlung von Grundwissen zur Funktionsweise von Politik in der modernen Demokratie ableiten zu können. Ich denke, dass Vieles, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, an Formaten entwickelt haben, an Positionen gesetzt haben, unverändert richtig ist, aber vielleicht nicht mehr hinreichend angesichts der durchaus neuen Qualität von Fragen und Herausforderungen. Insofern ist politische Bildungsarbeit immer im Entwicklungszustand, immer ein Prozess und nie statisch zu verstehen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Erstellung des vom Parlament initiierten Demokratieberichts, für die die Landeszentrale federführend zuständig ist, einen besonderen Stellenwert ein. Die Landeszentrale hat schließlich die Aufgabe, in unserem Land demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern und über eine Vielzahl von wichtigen historischen, gesellschaftlichen und politischen Themen zu informieren. Hierbei ist es essentiell, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens ins Gespräch kommen. Wir müssen brennende Fragen und Bedarfe erkennen, thematisieren und zielgruppenspezifische Formate anbieten, um uns gemeinsam auf die Suche nach Antworten begeben zu können. Wir müssen in Erfahrung bringen, ob die Inhalte und Themen, die bisher angebotenen Formate oder auch die Formen der Ansprache speziell im Bereich der außerschulischen politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen den heutigen Anforderungen immer noch angemessen und zeitgemäß sind. Denn politische Bildungsarbeit hilft niemandem, wenn sie diejenigen, die sie ansprechen will, trotz aller Mühen letztlich nicht erreicht.

„Demokratie leben“ – das hatte ich bereits in Würdigung meiner Vorgängerin gesagt – lautet das Motto der Landeszentrale. Demokratie kann aber nur gelebt werden, wenn bei den Bürgerinnen und Bürgern Kenntnisse über und ein Bewusstsein für demokratische Werte, Grundrechte und Grundstruktur des politischen Systems in Deutschland bestehen. Eine Voraussetzung, Demokratie zu leben, ist also, Demokratie zu lernen. Hierbei geht es nicht nur um die Vermittlung von Basiswissen oder Institutionenkunde, sondern vielmehr um die Vermittlung von Wesensmerkmalen einer Demokratie und einer werteorientierten Gesellschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Bürgerinnen und Bürger in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit angesprochen und mitgenommen werden, um sich auf den gemeinsamen Weg des Demokratie-Lernens und damit am Ende auch des Demokratie-Lebens begeben zu können.

In diesem Zusammenhang spielt die aufsuchende politische Bildungsarbeit, wie es im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit momentan acht Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird, eine wichtige Rolle. Die Demokratiewerkstätten sollen Menschen in Quartieren, die oft als Problemviertel wahrgenommen werden, dazu befähigen, als aktive Zivilgesellschaft eigenständig Interessen zu formulieren, Lösungsansätze zu entwickeln und deren Umsetzung zu verfolgen. Ich glaube, gerade in Anbetracht der nahenden Kommunalwahlen ist diese quartiersbezogene aufsuchende politische Bildung von ganz besonderem Wert.

Bezogen auf den Anspruch, Bürgerinnen und Bürger in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit zu erreichen, muss an dieser Stelle auch „Demokratie für mich“ erwähnt werden. Das Bildungsprogramm ermöglicht zugewanderten jungen Menschen, eigene

Prägungen und Lebenswirklichkeiten als Ausgangspunkt zum Erfahren und Erlernen von Demokratie in Deutschland anzunehmen. Es ist ein Angebot zur Demokratie und Wertebildung in internationalen Förderklassen, an dem mittlerweile rund 60 Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen teilnehmen. Ich war letzte Woche in Bonn Gast bei einem der Fortbildungsformate, die wir für die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Berufskollegs entwickelt haben, und muss sagen, die Begeisterung und der Einsatz, den ich da kennenlernen durfte von unseren Multiplikatoren her gesehen, macht Mut und zeigt, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Hinsichtlich unseres Mottos „Demokratie leben“ und der dafür notwendigen Voraussetzung des Lernens von Demokratie betrachte ich es außerdem als wichtige Aufgabe der Landeszentrale, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Medienschaffenden ein breit gefächertes Orientierungsangebot in der Nachrichten- und Kommentarflut des digitalen Informationszeitalters anzubieten und Diskurse über die elementaren Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung und ihrer Kritiker anzustoßen. Deswegen sollte das Profil Landeszentrale im Bereich tagesaktueller politischer Fragestellungen insbesondere im Kontext der nordrhein-westfälischen Landespolitik, aber auch in allgemeiner Relevanz für Nordrhein-Westfalen geschärft werden. Ziel ist es, bei solchen Fragestellungen eine Plattform für eine werteneutrale Diskussion, also eine offene Diskussion, in Form eines Nachrichtentools zu schaffen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern niedrigschwellige und leichtverständliche Informationen bereitzustellen, damit sie sich selbst eine Meinung bilden und in die Diskussion gehen können.

An dieser Stelle möchte ich darüber hinaus auf einen weiteren sehr relevanten Aspekt eingehen, auf die die Landeszentrale künftig ebenfalls einen Schwerpunkt legen wird, und zwar wegen ihrer Bezeichnung „Landeszentrale“. Es ist die Landeskunde. Das landeskundliche und landesgeschichtliche Profil der Landeszentrale soll in den nächsten Jahren gestärkt werden. Schließlich ist die Kenntnis der Vergangenheit eine wichtige Voraussetzung, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft mitzugestalten. Das gilt eben auch für ein Gemeinwesen wie Nordrhein-Westfalen. Unsere Landesgeschichte soll dabei aber nicht einfach trocken vermittelt werden, vielmehr ist es unser ausgesprochenes Ziel, spezifische Themen, die das Herstellen von Bezügen und Vergleichen zur Gegenwart zulassen, herauszuarbeiten und spannend aufzubereiten. Das Lernen aus der Vergangenheit für die Zukunft unter Berücksichtigung aktueller Herausforderungen, auch das gehört eben zu den Kernaufgaben politischer Bildung.

Wie Ihnen sicherlich schon aufgefallen ist, betrachte ich die Angebote im Bereich der politischen Bildung der Landeszentrale gewissermaßen als Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Die Herausforderung für die Entwicklung und Umsetzung sogenannter Dienstleistungen besteht darin, dass wir in einer dynamischen Gesellschaft leben, die mit immer wieder neu aufkommenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen oder anderen tiefgehenden Veränderungen, wie etwa den Folgen einer Pandemie, konfrontiert ist. So sei an dieser Stelle nur auf die Themen „COVID-19“, „Digitalisierung“, „Klimawandel“, „Migration“, „Fragmentierung der Gesellschaft“, „Polarisierung“ und „Extremismus“ hingewiesen, ob von links, von rechts oder religiös bedingt.

Wenn man an das letzte Wochenende und die Demonstrationen in Berlin denkt, dann ist eines der besonders auffallenden Punkte das parallele Zeigen von Reichsflagge und Regenbogenfahnen. Das heißt, wir haben es hier mit Phänomenen zu tun, dass die klassischen Zuschreibungen, die wir alle gelernt haben als politische Bildner, als Politiker, als Medienvertreter, wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr hinreichend das Spektrum und die Problematik beschreiben, mit denen wir es gesellschaftlich zu tun haben. Vielmehr können wir vielleicht von einem hybriden Populismus oder hybriden Extremismus sprechen, dem wir begegnen mit Konfigurationen, von denen wir bisher ausgegangen sind, dass sie gar nicht möglich sind.

Wenn ich das beobachte – ich schränke natürlich ein, erst einmal beobachten, wir wissen noch nicht viel, wir müssen da noch viel forschen und weiter den Blick darauf richten –, dann stellen sich eben auch Fragen ganz neuer Art, ob eben die Formate und die Ansprachen, die wir bisher entwickelt haben, in der Tat da noch wirksam genug sind.

Wir müssen also die Angebote im Bereich der politischen Bildung entsprechend auf ihre Aktualitäten und Angemessenheit hin überprüfen, um das Ziel, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern und nicht ihre Fragmentierung, wirklich erreichen zu können. Es gilt somit, ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass das Lernen von Demokratie unbedingt als lebenslanges Lernen verstanden werden soll, sowohl bezogen auf die Bürgerinnen und Bürger, die durch politische Bildung erreicht werden sollen, als auch bezogen auf die Akteure im Bereich der politischen Bildung.

Politische Bildungsarbeit muss folglich regelmäßig überprüft und neu gedacht werden. Eine solche Aufgabenevaluation und insbesondere die Neuaufstellung unserer Arbeit kann aber selbstverständlich – das betone ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich – nur mit entsprechenden finanziellen und vor allem personellen Mitteln erfolgen.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass wir aufpassen müssen, nicht vorschnell vom Scheitern einer Maßnahme zu sprechen, denn manchmal führt der Weg des gewünschten Ergebnisses nur über die Hürde des vermeintlichen Misserfolgs. Wichtiger als die Bewertung von Maßnahmen als Erfolg oder Misserfolg ist somit, dass die Erkenntnisse genutzt werden, um im gemeinsamen Austausch zielorientiert und im Sinne der Förderung von Demokratie lernen und leben Konsequenzen für die Arbeit im Bereich der politischen Bildung zu ziehen. Und da – das möchte ich auch anschließen – sind wir auch angewiesen auf unsere Partner im politischen Bereich selbst. Also, man kann politische Bildung nicht abkoppeln von der Politik, vom Parlament, von den Parteien, von den Verbänden und Initiativen, sondern wir können nur gemeinsam und im Austausch entsprechende Konsequenzen und Weiterentwicklungen bewerkstelligen.

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf den Austausch und natürlich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen. In diesem Sinne bin ich optimistisch, eine gute Zukunft für die Landeszentrale mit Ihnen gestalten zu können. – Vielen Dank.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe, Herr Hitze. Wir sind uns in den letzten Jahren ja mehrfach in unterschiedlichen Funktionen begegnet. Ich freue mich, dass Sie diese wichtige Aufgabe übernommen haben und wünsche Ihnen viel Erfolg für die Arbeit.

Ich hatte mir im Vorfeld eine Frage an Sie überlegt, auf die Sie bereits ein Stück eingegangen sind, nämlich auf das letzte Wochenende und Berlin, was ja nur ein Ausschnitt der Lage ist, wie wir sie erleben. Ich habe mich intensiv mit dieser Demonstration beschäftigt. Sie haben ja eben dieses merkwürdige Nebeneinander von Reichskriegsflaggen und Regenbogenfahnen angesprochen. Es gab am Dienstagabend einen sehr ausführlichen Bericht in „Frontal 21“ im ZDF über diese Demonstration mit vielfältigen Interviews von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mich beschäftigt das wirklich nachhaltig. Wir reden ja jetzt nicht von irgendeiner kleinen wirren Gruppen, sondern von 30.000 bis 40.000 Menschen am letzten Wochenende in Berlin. Die müssen erst einmal zusammenkommen. Was da an Demokratieverachtung, an Populismus, an Aggressivität, an Gewalt, an Extremismus deutlich wurde – nicht dass ich mir vorgestellt habe, das hätte es früher nicht gegeben, aber so unverhohlen in die Kamera gesprochen, in Statements, auch vor dem Hintergrund, dass ich mir jetzt überlege, wir sind ja alle momentan im Kommunalwahlkampf, stehen an Infoständen, machen Termine, soweit Corona das erlaubt, und was da an Drohungen, an Gewalt, an Mordphantasien etc. ohne Charme in öffentlich-rechtlichen Medien von Leuten, die auch namentlich bekannt sind, geäußert wird, das hat einen Grad erreicht, den ich mir jedenfalls in der Breite so nicht vorstellen konnte.

Es muss Aufgabe in den nächsten Monaten und Jahren sein, dem wirksam mit guten Ideen und guten Konzepten entgegenzutreten. Da ist natürlich die Landeszentrale für politische Bildung, wo man vielleicht vor 5 oder 10 Jahren, also sie war immer wichtig, aber manchmal hatte man den Eindruck, diese Landeszentralen oder Bundeszentralen haben so ein bisschen was Verstaubtes ... Man kriegt da so seine Publikationen zugeschickt für Unterrichtsreihen, und dann wird das ausgeteilt, und das war es dann auch. Ich meine, dass Sie jetzt in diesem Bereich sehr gefragt sind. Es freut mich sehr, was Sie da schon angesprochen haben an Werkstattterminen etc. Wenn Sie sozusagen über das hinaus, was Sie eben schon ausgeführt haben zu der Thematik, noch neue Ideen haben, dann freut es mich, die von Ihnen gleich oder in späteren Gesprächen zu hören.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Dr. Hitze, für den Vortrag.

Ich habe nur zwei Nachfragen. Sie hatten die Demokratiewerkstätten angesprochen. Da entschuldige ich mich, weil ich heute hier nur die Vertretung bin, falls das hier schon ausführlicher besprochen wurde, aber es würde mich mal interessieren, wie so etwas abläuft.

Zum anderen hatten Sie angesprochen, was ich auch sehr interessant finde, den Ausbau des landeskundlichen Standbeins der Landeszentrale. Gibt es da schon Ideen und Konzepte? Können Sie uns dazu vielleicht kurz etwas sagen?

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ich habe weniger Fragen dazu, weil die Demokratiewerkstätten zum Beispiel sind ja nun ein schon länger geübtes Instrument in unserem Land und vielen von uns schon bekannt. Aber ich würde gerne noch mal grundsätzlich auf Ihre Arbeit eingehen, Herr Dr. Hitze.

Erst einmal vielen herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Sie haben uns noch mal einen sehr guten Einblick in die bevorstehende Arbeit und in das Gegebenen, was Sie sich alles vorgenommen haben.

Der zweite Teil Ihres Vortrags hat mir sehr deutlich gemacht, dass es über das reine Vermitteln von Faktenwissen weit hinausgeht. Denn wir wollen nicht nur die Menschen ein bisschen beschulen, auch wenn es „politische Bildung“ heißt, sondern es geht darüber hinaus auch quasi um Soft Skills oder so etwas. Es geht um das Vermitteln von Respekt im Umgang miteinander. Wie gehen Menschen miteinander um, die in einer Gemeinschaft leben, in einer Stadt, in einem Staat? Wie geht man respektvoll miteinander um? Wie respektiert man und diskutiert man die Meinung des anderen? Das ist ja noch mal eine ganz andere Ebene. Es hilft uns nicht, wenn wir – grob gesagt – noch mehr Fakten in die Menschen hineinbimsen, sondern wir müssen auch versuchen, wieder ranzukommen, dass man anders miteinander umgeht. Also, für mich war es erschreckend, wie zum Beispiel diese Polizisten angegangen wurden, die sich dort bemüht haben, etwas Ruhe und Ordnung reinzubringen, wie Journalisten angeschrien wurde, ihnen alles abgesprochen wurde. Das sind Umgangsweisen, bei denen sich zeigt, dass die Basics fehlen. Das ist dann natürlich eine Aufgabe, die geht noch weit tiefer als das Vermitteln von unseren demokratischen Grundwerten, sondern da geht es einfach um Basics, die normalerweise wahrscheinlich in den Familien vermittelt werden müssten.

Mich würde interessieren, wie Sie gerade vor dem Hintergrund der neusten Entwicklungen versuchen wollen, auf diese Ebene zu stoßen. Das Vermitteln von Fakten kann ich mir gut vorstellen, aber diese Soft Skills oder wie man das nennen mag zu vermitteln, das halte ich für eine wichtige, aber wahnsinnig schwierige Aufgabe.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich gebe jetzt zunächst Herrn Dr. Hitze die Möglichkeit, auf diese Wortmeldungen einzugehen. Anschließend eröffne ich die zweite Runde.

Dr. Guido Hitze (Landeszentrale für politische Bildung): Ich möchte die Antwort etwas bündeln, also die Beiträge zur Coronademo von Frau Müller-Witt und auch die Frage nach den Demokratiewerkstätten, weil die einen inhaltlichen Bezug haben.

Ich habe vorhin in meinem kurzen Beitrag versucht deutlich zu machen, dass „Demokratie leben“ ein elementar richtiges und wichtiges Motto ist. Aber ich habe mir zunehmend die Frage gestellt in den letzten Wochen auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse, ob es noch ein hinreichendes, ausreichendes Motto ist, um die Arbeit, die wir machen sollen und machen dürfen, zu beschreiben. Denn „Demokratie leben“ setzt voraus, dass man eine innere Haltung hat, die man dann eben im praktischen, gesellschaftlichen Leben einsetzt und kenntlich macht. Zu dieser inneren Haltung gehören zwei Dinge, einmal das Wissen um das, was man tut – das ist das Faktenwissen –,

und dann die Werteorientierung dieses Handelns. Das meine ich jetzt nicht nur im Sinne von politischen Bekenntnissen oder Leitlinien oder Zielen, sondern in dem, was Sie Basics genannt haben, das heißt der einfache menschliche Umgang miteinander. Wenn wir sagen „Demokratie leben“ ist ein schönes Motto, aber es ist nicht mehr hinreichend und wir ergänzen das durch „Demokratie lernen“, dann heißt es, dass wir auch als politische Bildner beide Aspekte zusammendenken müssen. Das führt eben zu der Erkenntnis, dass ich mir erst einmal selbst bewusst werden muss, warum ich in einer Demokratie lebe, warum es ein Schatz ist, ein Privileg ist, das es zu verteidigen gilt, ehe ich dann über die Mittel und Instrumente nachdenke, mit denen ich mich demokratisch in diesem politischen, gesellschaftlichen System einbringen kann. Das ist also sozusagen keine Zweiteilung, sondern eher die zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wenn wir uns damit beschäftigen, dann macht mir eine große Sorge, dass viele verlernt haben, was eigentlich der politische Diskurs, die Debatte, die Auseinandersetzung in der Demokratie ist. Ich beobachte zunehmend, dass eigene Positionen absolutgesetzt werden. Das hat auch mit dem medialen Hintergrund zu tun, dass eben früher anerkannte Medien, die Wissen vermittelt haben, Informationen vermittelt haben, längst nicht mehr so anerkannt sind, dass sich in sozialen Medien und Netzwerken selbstreferenzielle Blasen gebildet haben, aus denen man sich dann die Informationen sucht, die man braucht, um die eigene Position zu untermauern, aber nicht um Wissen zu gewinnen oder um Entscheidungskompetenz zu erreichen. Insofern ist auch die Art der Informationsgewinnung und -vermittlung eine ganz wesentliche Aufgabe, der wir uns verstärkt zuwenden müssen.

Ein Letztes dazu: Was ich eben auch mit dieser Beobachtung der zunehmenden Absolutsetzung eigener Standpunkte verbinde, ist ein gewisser Hang zur Gesinnungsethik, nur um mit Max Weber zu sprechen. Demokratie wird aber nicht funktionieren, wenn alle Gesinnungsethiker sind, sondern Demokratie wird nur dann funktionieren und für alle entsprechende Ergebnisse bringen, wenn wir auch ein Stück weit als Verantwortungsethiker handeln, das heißt, wenn wir die Konsequenzen unseres Handelns und unserer Ziele so durchdenken, dass sie für alle am Ende tragbar sind. Demokratie lebt vom Kompromiss, vom Aushandeln, vom Aushandlungsprozess. Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir unsere Positionen allgemeinsetzen in einem moralischen Sinne, dann wird Diskussion unmöglich, dann wird Aushandeln unmöglich, weil in dem Moment die Position des anderen moralisch minderwertig oder gar nicht mehr akzeptiert wird. Also, das sind Dinge, von denen ich ausgehe, dass sie in der politischen Vermittlungsarbeit eine existenzielle Bedeutung spielen.

Wenn wir uns beispielsweise das Format „Demokratie für mich“ in den Berufskollegs anschauen, das ich vorhin erwähnt habe, dann ist das eigentlich etwas, was längst nicht mehr nur für Zugewanderte in Berufskollegs ein entsprechendes Format ist, sondern das viel weiter in die Gesellschaft hineingetragen werden sollte. Wir sind nun spezialisiert und haben unseren Auftrag in der außerschulischen Bildungsarbeit. Ich würde aber durchaus dafür plädieren, auch mal unseren schulischen Bereich da selbstkritisch zu hinterfragen, wie weit die Formate, die wir da in den gesellschaftspolitischen Fächern entwickelt haben, einer Ergänzung bedürfen.

Diese Formate der „Demokratie für mich“-Tour in den Berufskollegs oder der Demokratiewerkstätten – da komme ich auf Ihre Frage zurück – sind natürlich zielgruppenspezifischer Natur. Also, wir haben es in einem Fall mit jungen Zugewanderten zu tun, wir haben im anderen Fall das große Bedürfnis, in die Quartiere, in die Randbereiche von Städten, Gemeinden zu gehen, wo wir ein hohes politisches – ich will nicht „Verweigerung“ sagen – Desinteresse vorfinden, wo wir das Gefühl haben, Menschen fühlen sich von diesem politischen System, von den Vorgängen, von Regierungsentscheidungen gar nicht mehr betroffen bzw. fühlen sich übergangen und nicht ernst genommen.

Gleichzeitig sind es mitunter – nicht ausschließlich, aber mitunter – eben auch soziale Brennpunkte. Das geht durchaus miteinander über. Deswegen müssen wir da gezielt vor Ort in diesen Werkstätten darauf achten, diese beiden Bereiche, die ich gerade skizziert habe, in verständliche Formate zu übertragen, und vor allen Dingen motivieren, mitzumachen. Das ist die größte Schwelle, die ich in der Vermittlungsarbeit ausmache, diese Barriere niederzureißen, die viele daran hindert, sich überhaupt mit diesen Themen und mit Politik zu beschäftigen.

In diesem Bereich ist es eben auch wichtig, dass wir unsere Sprache überdenken: „Wie ist eigentlich politische Bildungsarbeit vermittelt worden? Wie wird sie gerade vermittelt? Wie soll sie in der nächsten Zeit vermittelt werden?“, allein unter dem Kriterium der verständlichen Sprache. Wenn ich die besten Absichten habe, aber ich mich in einer Intellektuellen- oder Elitenblase bewege, die wir vielleicht hier im Parlament verstehen, die wir vielleicht in politischen oder historischen Seminaren noch verstehen, die aber, sobald wir aus diesem Raum heraustreten, nicht mehr verständlich sind, dann können wir uns viele Anstrengungen sparen, weil wir einfach an den Adressaten vorbeisenden. Da sind wir gerade im Prozess, mal selbstkritisch zu fragen, was wir da verbessern können.

Zur Frage nach den Demokratiewerkstätten: Wir sollten dieses Instrument vor allen Dingen in dem Punkt erweitern, dass wir uns nicht mehr nur alleine auf Großstädte oder die Metropolen oder Ballungsräume beschränken. Wir sollten da die ländlichen Räume noch viel stärker in den Blick nehmen. Aufsuchende politische Bildung kann nicht nur in den Zentren stattfinden, sondern muss in die Fläche wirken, gerade in einem Land wie Nordrhein-Westfalen, das eben aus Großstädten und ländlichen Räumen besteht. Also, beide Bereiche müssen gleichberechtigt und gleichwertig Zielpunkte politischer Arbeit sein.

Ein letztes Wort noch zu der Funktion der Landeskunde. Wir haben nächstes Jahr ein Doppeljubiläum sozusagen, 75 Jahre Nordrhein-Westfalen und 75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung. Beide Einrichtungen, sage ich mal, sind ziemlich genau gleich alt. Dieses Landesjubiläumsjahr 2021 möchten wir nutzen, um unser landeskundliches Profil zu schärfen. Jetzt ist der Begriff ein bisschen antiquiert; mir fällt aber gerade kein besserer ein. Was ich damit meine, ist jetzt nicht, ausschließlich historisches Wissen zu vermitteln, sondern in diesem Profil das Besondere in Nordrhein-Westfalen kenntlich zu machen, die gegenwartsbezogenen Traditionslinien, die auch in die Zukunft weisen, das, was vielleicht nicht so gut gelaufen ist in der Landesge-

schichte, in der Entwicklung, eben auch herauszuarbeiten, aber insgesamt ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es sich lohnt, in diesem Land zu leben, was es ausmacht, in diesem Land zu leben, und dass es sich natürlich auch lohnt, für dieses Land tätig zu sein, ehrenamtlich oder hauptberuflich, in welcher Funktion auch immer, also, keine aufgezwungene Landesidentität, aber ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was Nordrhein-Westfalen ist, nämlich mehr als nur ein technisches Konstrukt, eine Behörde, eine Instanz, sondern unser Lebensraum, den wir gemeinsam gestalten und weiterentwickeln müssen. Insofern werden wir uns bemühen, ein Programm zu entwickeln, in dem geografische, politische, ökonomische, soziale, kulturelle, eben auch historische Punkte entwickelt werden, dargestellt werden, vermittelt werden, das alles ohne Zeitdruck, aber in einer konsequenten Strategie.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Herzlichen Dank. – Dann habe ich jetzt in der zweiten Runde Frau Gödecke, Herrn Hagemeier und Herrn Paul. Wir haben natürlich keinen Zeitdruck, aber eigentlich immer eine gewisse Begrenzung der Tagesordnungspunkte, wenn wir externe Gäste haben. Ich glaube, wir sollten uns etwa halb 12 als Zielpunkt vornehmen.

Carina Gödecke (SPD): Aus meiner Sicht bestehen die großen Verdienste und die hohe Bedeutung der Landeszentrale für politische Bildung gerade in den letzten Jahren, in denen man ja durchaus eine innovative Weiterentwicklung beobachten konnte und beobachten durfte, geradezu darin, dass die theoretischen Erkenntnisse und die wissenschaftlichen Diskussionen übersetzt werden für den Normalbürger, die Normalbürgerin, dass sie dann zielgruppengerecht aufgearbeitet werden und sich im Rahmen von Angeboten dann darstellen, die auf praktisches Handeln und auch auf Verhaltensänderungen abzielen. Vielleicht kann man „Demokratie leben“ auch in dieser Weise beschreiben.

Ich sage das deshalb, weil ich durchaus verstehe, warum Herr Kollege Klocke das alte Image der Landeszentrale für politische Bildung angesprochen und es als etwas verstaubt bezeichnet hat. Ich will daran erinnern, dass ich mir schon mal den Zorn von einigen Kolleginnen und Kollegen zugezogen habe, als ich den Namen für nicht sexy genug gehalten habe. Das würde ich heute vielleicht gar nicht mehr so formulieren, aber ich kann das verstehen, will aber deutlich machen, das ist nicht die Landeszentralenarbeit, so wie wir sie hier in Nordrhein-Westfalen jetzt seit vielen Jahren erleben. Herr Dr. Hitze hat ja gerade dargestellt, dass die aufsuchende Arbeit, die ganzen Jugendprogramme, die Ergänzung zur Berufskollegarbeit und zu den dortigen Zielgruppen sich schon sehr verändert hat und damit auch die Landeszentrale verändert und auch weiterentwickelt hat.

Ich will in diesem Zusammenhang einfach noch mal daran erinnern, dass wir auch Demokratiebotschafterinnen und -botschafter als Repräsentanten des Landes und der Landeszentrale haben, dass der Demokratiebus durch die Lande getourt ist und dass die Demokratiewerkstätten natürlich auch ein Ausdruck von Veränderungen sind. Ich glaube, dass Vieles von dem, was die Landeszentrale innovativ entwickelt hat, zum

Teil sich auch in anderen Programmen und Maßnahmen und Zielen der Landesregierung wiederfindet und damit auch verzahntes Arbeiten stattfindet. Da will ich nur das Stichwort „Engagementstrategie“ und „Ehrenamtsarbeit“ nennen. Sicherlich wird man darüber noch mal nachdenken müssen, aber Elemente sind aufgegriffen worden.

Bei dem Stichwort „Verzahnung mit anderen Landesprogrammen“ will ich sehr gezielt nachfragen, Herr Dr. Hitze, nämlich ob Sie sich vorstellen können, dass man das, was Sie zum Thema „Demokratiekompetenz“ ausgeführt haben, noch stärker in Programmen wie zum Beispiel „integrierte Stadtentwicklung“, „Innenstadtförderprogramm“ und, und, und mit aufgreifen kann, dass der Begriff der Demokratiekompetenz heute einfach auch dazugehört und ein Kriterium sein könnte, unter dem man sich dann auch bewirbt, um an bestimmten Programmen teilzunehmen.

Dann will ich nach dem landesgeschichtlichen Profil oder dem landeskundlichen Profil fragen. Das wird Sie jetzt nicht überraschen, wenn ich nach der Abgrenzung zur Arbeit an dem Haus der Landesgeschichte frage. Viele Abgrenzungen könnte ich mir selber erklären, aber man muss natürlich schon die Abgrenzung auch hier noch mal darstellen, um gleichzeitig auch die Kooperationsmöglichkeiten in diesem Bereich noch mal herauszuarbeiten.

Sie haben klargestellt, wie Sie den Begriff „Vermittlung Grundwissen Demokratie“ verstanden haben möchten, und haben das eingebettet in einen neuen Zweiklang „Demokratie leben“ und „Demokratie lernen“. Sind damit auch Überlegungen, auch wenn sie nicht abgeschlossen sind, für neue Zielgruppen verbunden, oder wollen Sie noch zielgruppenschärfer als in der jüngsten Vergangenheit arbeiten? Und gibt es auch schon Vorstellungen, ob sich daraus neue Formate entwickeln?

Damit komme ich zu meiner letzten Frage. Sie haben vorhin in Ihrem einführenden Vortrag von den finanziellen und personellen Bedingungen geredet. Wir sind unmittelbar vor Haushaltsplanberatungen. Die Mittel müssen immer den Aufgaben folgen. Deshalb frage ich mal, ob Sie die Aufgaben der Landeszentrale in der Weiterentwicklung schon oder demnächst etwas konkreter beschreiben können.

Und meine wirklich letzte Frage: Denken Sie an Struktur- und Organisationsveränderungen innerhalb der Landeszentrale?

Daniel Hagemeier (CDU): Herr Dr. Hitze, auch von der CDU-Fraktion vielen Dank für Ihren Vortrag und natürlich alles Gute für Ihre zukünftige Aufgabe.

Sie hatten es eben ausgeführt, Zusammenhalt der Gesellschaft ist existenziell. Ich denke mir, dass wir die demokratische Kultur, die Teilhabe an politischen Prozessen dauerhaft weiter stärken müssen. Und so würde ich im Namen der CDU-Fraktion darum bitten – insofern habe ich hier jetzt keine Frage –, dass wir uns hier auch im Hauptausschuss in einen ständigen Austausch begeben und dass Sie uns dann, sofern das möglich ist, hier im Ausschuss einmal im Jahr, vielleicht zweimal im Jahr über die fortgeschrittenen Prozesse berichten, damit auch hier die Teilhabe über den Hauptausschuss möglich ist, sodass wir in einen ständigen Dialog mit Ihnen einsteigen.

Stephen Paul (FDP): Herr Dr. Hitze, auch im Namen der Freien Demokratischen Fraktion unsere besten Wünsche für Ihre Arbeit als neuer Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Meine Kollegin, Vizepräsidentin Angela Freimuth, und ich wünschen Ihnen alles Gute für Ihre Tätigkeit an der Spitze des Hauses.

Wir möchten auch gerne an Sie noch mal die Frage richten, wie es gelingen kann, Demokratie erlebbarer zu machen, was ja auch schon im Titel, im Motto der Landeszentrale zum Ausdruck kommt. Wir glauben auch, dass sich politische Bildungsarbeit nicht erschöpfen darf in der Verteilung von Broschüren oder indem man Vorträge hält, sondern uns scheint wichtig zu sein, jungen Leuten, aber auch verstärkt Erwachsenen einfach wieder Freude an Debatte zu vermitteln, Debatte, bei der man respektvoll miteinander umgeht, bei der man zielgerichtet diskutiert, dass deutlich wird, dass demokratische Debatte zu besseren Ergebnissen für unsere Gesellschaft führt, anstatt auf autoritäre Persönlichkeiten zu setzen. Sie wissen, auf welche Demonstrationen und Erwartungen ich da gerade in jüngster Zeit anspielen will. Also, wie gelingt es da, wieder mehr Freude an einer solchen Debatte zu vermitteln? Das scheint uns ganz wichtig zu sein.

Und welche Rolle – auch im Sinne eines Angebots – können wir Parlamentarier dabei spielen? Der Landtag selber macht eine Menge, der Deutsche Bundestag, auch kommunal passiert einiges. Aber wo können wir Ihnen dabei ganz persönlich behilflich sein? Wo sehen Sie uns künftig in Ihren Formaten? Wie stehen Sie dazu?

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Dann bitte ich um Beantwortung.

Dr. Guido Hitze (Landeszentrale für politische Bildung): Frau Gödecke, die Demokratiekompetenz stärken als Motto für ressortübergreifende Aktivitäten, Initiativen, herzlich gerne. Also, da bin ich für alles offen. Ich überblicke aber in der Kürze der Zeit, die ich jetzt als Leiter der Landeszentrale hinter mir habe, noch nicht alle Verzahnungen und Möglichkeiten. Da bin ich gerade dabei, einiges aufzuarbeiten, mir selbst einen Überblick zu verschaffen. Das soll aber nicht heißen, dass nicht aus Ihren Reihen Vorschläge gemacht werden können, die zusätzlich zu dem, was wir bis jetzt erarbeitet oder praktiziert haben, als weitere wesentliche Ideen wirken können.

Ich bin keinesfalls der Meinung, dass die Landeszentrale als Einrichtung für diesen Bereich genügt. Das meine ich jetzt nicht nur bezogen auf die Landesregierung, sondern insgesamt auf die Landschaft. Denn wir haben ein Charakteristikum der Landeszentralen Nordrhein-Westfalens, dass wir seit vielen Jahren anerkannte Formate entwickelt haben zusammen mit unseren Partner in der politischen Bildung, die Stiftung, die Initiativen, die Einrichtungen. Wir haben die Partnertagung alljährlich, wo wir das auch alles thematisieren. Ohne unsere vielen Partnereinrichtungen und ohne die Gedenkstätten, die ich an der Stelle auch einmal besonders erwähnen möchte im erinnerungskulturellen Sektor, würde Vieles gar nicht möglich sein. Also, die Landeszentrale ist auch eine Einrichtung, die sich koordinierend und fördernd versteht und nicht alles selber machen kann und selber machen muss. Für diese Teamorientierung stehe ich auch, und ich möchte das, was in den letzten Jahren, Jahrzehnten aufgebaut wurde,

weiter ausbauen und weiter pflegen. Hierbei ist mir jeder willkommen, der sich mit unseren Zielen identifizieren kann und uns da unterstützen möchte.

Frau Gödecke, die Frage nach dem HdG NRW ist sehr interessant. Die habe ich fast erwartet. Ich möchte jetzt nichts zu dem Programm der Stiftung sagen. Nur so viel, was auch allgemein bekannt ist, dass sich die Kolleginnen und Kollegen dort jetzt sehr stark auf die Jubiläumsausstellung konzentrieren, die im nächsten Jahr gezeigt werden soll, sodass ich jetzt nicht unsere Aufgabe darin sehe, diese Tätigkeit zu kommentieren oder mit guten Vorschlägen zu begleiten, sondern ich denke, dass wir uns darauf konzentrieren sollten, was in der Konzentration auf diese Ausstellung vielleicht in den nächsten Monaten, Jahren von der Stiftung nicht oder nicht in dem Maße geleistet werden kann, nämlich mal Forschungsinitiativen anzustoßen oder interessante Fachgespräche zu initiieren. Ich bin jederzeit bereit, auch da zu kooperieren und gemeinsame Formate zu entwickeln. Wenn die Kolleginnen und Kollegen in der Stiftung den Anfangsstress jetzt mit der Neuorientierung etwas bewältigt haben, dann ergeben sich sicherlich auch da Möglichkeiten. Also, ich sehe das nicht als Konkurrenzveranstaltung oder Abgrenzung, sondern mit dem Ziel der Ergänzung der Tätigkeit der Stiftung. Das können Sie mir auch glauben, denn dieses Projekt ist immer auch eines meiner Herzensanliegen gewesen und bleibt es auch.

Die Zielgruppenschärfung, die Sie angesprochen haben, Frau Gödecke, sehe ich auch als Bedarf. Ich bin aber optimistisch, dass wir da weiterkommen, wenn wir den Demokratiebericht erarbeiten, das heißt, wenn wir, wie ich in dem Workshop letzte Woche gesagt habe, eine verlässliche Datenbasis haben. Es dient ja eben auch dazu, abzufragen, wo unsere Adressaten, also sozusagen unser Zielpublikum, Bedarfe identifizieren oder Wünsche äußern, über Mittel, die wir eingesetzt haben, uns eine Rückmeldung geben, was wir besser evaluieren können. Wenn wir so weit sind, dann kriegen Sie von uns Antworten auf Ihre Frage, sicherlich in Form oder im Zusammenhang mit dem Demokratiebericht, den wir auch dann gemeinsam erörtern und umsetzen möchten.

Bei der Haushaltsplanung und den damit verbundenen Strukturveränderungen bitte ich jetzt etwas um Nachsicht, dass ich noch nicht in der Lage bin, hier konkrete Modelle vorzulegen. Wir sind natürlich in enger Absprache untereinander, auch im Haus. Ich denke, dass wir an Strukturveränderungen nicht vorbeikommen, allein schon deswegen, weil sich unser Aufgabenspektrum zwangsläufig erweitern wird. Also, wenn wir das ernst nehmen, was ich gerade in dem Einleitungsbeitrag und auch in der Diskussion gesagt habe, dann lässt sich unschwer erkennen, dass wir bestimmte Umsetzungen nur dann bewerkstelligen können, wenn wir ein entsprechendes Instrumentarium an die Hand bekommen. Mehr Aufgabenbereiche, mehr Verantwortung, mehr Tätigkeiten bei gleicher Ausstattung werden am Ende zu einer Überforderung der Landeszentrale führen. Aber auch da können Sie uns ja kritisch und konstruktiv begleiten und beobachten, was wir da in den nächsten Wochen, Monaten an Vorstellungen oder Modellen vorlegen.

Ich bedanke mich bei der CDU-Fraktion für die guten Wünsche wie auch bei allen anderen Fraktionen für die nette Reaktion auf meine Vorstellung hier und freue mich,

wie ich vorhin auch gesagt habe, über jede Art der Zusammenarbeit und alle Anregungen.

Da schließe ich an die Frage von Herrn Paul an, wie Sie uns unterstützen können. Sie können uns natürlich immer als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, vielleicht auch auf Veranstaltungen als Mitdiskutanten, als Exponenten des politischen Lebens, als Vorbilder. Diese Vorbildfunktion von Parlamentariern in der parlamentarischen Demokratie ist natürlich ganz wichtig. Wenn man da viele gute positive Beispiele hat, erleichtert es einem die Arbeit natürlich auch.

Die Freude an der Debatte stärken – das ist in der Tat ein wichtiges Stichwort. Ich kann nur sagen: Bei den Formaten, die ich jetzt erlebt habe, in Augenschein genommen habe, war zumindest bei den Teilnehmern die Freude wirklich zu spüren. Wenn man die richtige Ansprache findet, auch richtige Moderatoren findet, richtige Formate findet, dann kommt diese Freude egal bei welchem Zielpublikum irgendwie von alleine. Ich hoffe, dass die Begeisterung für Demokratie, die sich dann bei solchen Gegebenheiten entwickelt, in den Alltag hineinreicht und dann auch weitergetragen wird.

Eine ganz konkrete Idee, die mir gerade auf Ihre Frage, Herr Paul, gekommen ist, ist das Wiederaufleben eines Formats, das in den letzten Jahren leider auch durch die räumlichen Gegebenheiten nicht mehr angeboten werden konnte, was ich aber aus meiner Zeit in der Landeszentrale noch gut in Erinnerung habe, nämlich die Angebote der politischen Bildung für Abgeordnetenbesuche. Also, wenn Sie Besuchergruppen haben, dann würde es mich freuen, wenn wir in der nächsten Zeit wieder dazu kämen, dass wir Ihnen ein Themenangebot machen, das Sie dann an Ihre Besuchergruppen weitergeben und wo die dann entscheiden können, zu welchem Thema sie gerne einen Experten, eine Expertin oder einen Mitarbeiter der Landeszentrale hören würden. Dann würde ich in Absprache mit Herrn Kaiser überlegen, wie wir Ihnen dieses Angebot allgemein wieder zugänglich machen können.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Jetzt haben wir faktisch eine Punktlandung, auch was die Zeit angeht.

Ich möchte, weil ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Kreise der Kolleginnen und Kollegen gesehen habe, in Ihrer aller Namen, glaube ich, sehr herzlich danken für diese ausführliche Vorstellung, für die ausführliche Beantwortung der Fragen, für die Aufnahme der Anregungen. Wir sind uns sicherlich einig darin, dass diese Aufgabe, politische Bildung in einem umfassenden Sinne zu betreiben, gerade in diesen aufgeregten Zeiten besonders wichtig ist. Wir alle haben keine Patentrezepte. Es wird sicherlich so sein, dass wir den intensiven Austausch, den wir mit der Leitung der Landeszentrale auch in der Vergangenheit hier hatten, weiter fortsetzen. Wir sind froh, dass wir die Anregungen, die wir dann haben, entsprechend platzieren können, und wir sind sicherlich auch bereit, an der einen oder anderen Stelle auch hier im Ausschuss insgesamt zu überlegen, wenn man dafür möglicherweise irgendwann zusätzliche Mittel projektbezogen oder strukturell braucht, wie man das denn umsetzen kann, denn das ist nun eine ziemlich entscheidende Querschnittsaufgabe für das demokratische System, dass Demokratie als Prinzip lebbar und verstehbar ist und dass es verstanden wird. Dies wollen wir vermitteln.

Ich will aber kein Koreferat halten, sondern mich einfach noch einmal sowohl bei Herrn Dr. Hitze, bei seinen Kolleginnen und Kollegen, die mitgekommen sind und auch ganz wesentlich daran mitwirken, dass das entsprechend umsetzbar wird, als auch bei Herrn Staatssekretär sehr herzlich bedanken. Ich glaube, wir bleiben dazu einfach in Kontakt.

2 Entwurf des Ersten Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. MÄStV)

Antrag

auf Zustimmung gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 17/9831 (Neudruck)

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/9831 (Neudruck) an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und den Hauptausschuss am 24.06.2020)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk leitet ein, in der Obleuterunde des Hauptausschusses am 25. Juni 2020 sei eine pflichtige Beteiligung am Beratungsverfahren vereinbart worden. Der Ausschuss für Kultur und Medien habe in seiner Sitzung am 26. Juni 2020 beschlossen, eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen, diese in der Sitzung am 10. September 2020 auszuwerten und dann auch über den Antrag abzustimmen.

Heute bestehe die Gelegenheit, die Stellungnahmen auszuwerten und den Antrag abschließend zu beraten und abzustimmen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) führt aus, die Anhörung zum Medienänderungsstaatsvertrag sei sehr positiv gewesen. Der Staatsvertrag sei in den höchsten Tönen gelobt worden.

Der Staatsvertrag Sorge für Meinungsvielfalt, Chancengleichheit und stelle Jugend- und Verbraucherschutz sicher. Mit dem Medienänderungsstaatsvertrag würden nicht nur Radio und Fernsehen, sondern auch Online-Plattformen und Intermediäre wie Suchmaschinen reguliert.

Laut der Protokollerklärung unter dem Punkt „Regionale Vielfalt“ verpflichteten sich die Länder, über die Vereinbarungen des Medienänderungsstaatsvertrages hinaus Maßnahmen zur Sicherung der regionalen und lokalen Medienvielfalt zu prüfen. Die Sachverständigen hätten hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet und eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet. Diese habe nun der Medienminister, Herr Ministerpräsident Laschet, umzusetzen.

Ihre Fraktion stimme dem Staatsvertrag zu mit dem klaren Auftrag an die Landesregierung und Medienminister Laschet, der Protokollerklärung Taten folgen zu lassen.

Sven Werner Tritschler (AfD) legt dar, es gebe in Deutschland den am besten ausgestatteten staatlichen Rundfunk der Welt, und gleichzeitig befinde man sich in der größten Nachkriegswirtschaftskrise. In dieser Situation habe man offensichtlich nichts Besseres zu tun, als den am besten ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt auf Kosten der Bürger noch besser auszustatten. Dies sehe seine Fraktion naturgemäß sehr kritisch. Die AfD habe Reformvorschläge unterbreitet. Dies gelte

auch für andere Fraktionen, die jedoch stets Erhöhungen zustimmten. Er hoffe, dass wenigstens auf die CDU Sachsen-Anhalt Verlass sei und der Staatsvertrag an dieser Stelle noch gestoppt werde.

Angela Freimuth (FDP) kündigt an, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Das Vorhaben gehe in die richtige Richtung. Deswegen habe es ja auch eine große Zustimmung im Rahmen der Anhörung von unterschiedlichsten Seiten gegeben.

Gleichwohl sei aus Sicht ihrer Fraktion eine grundlegende Reform des Programmauftrags und der Struktur erforderlich, um das Angebot zu verbessern. Man wolle einen schlanken, modernen, informativen öffentlichen Rundfunk, der seinem Auftrag nachkommen könne. Ziel müsse ein effektiver Einsatz der verfügbaren Mittel sowie die Vermeidung von Doppelstrukturen sein.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

3 Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5358

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/5358 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – und den Hauptausschuss am 20.03.2019)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk teilt mit, der federführende Ausschuss für Gleichstellung und Frauen habe die Durchführung einer schriftlichen Anhörung beschlossen. Die Stellungnahmen lägen vor. Der federführende Ausschuss wolle seine Beratung beenden. Heute bestehe Gelegenheit, die Stellungnahmen auszuwerten und ein Votum abzugeben.

Sven Werner Tritschler (AfD) sagt, seine Fraktion lehne die staatliche Verordnung von Sprachdogmen ab. Es gehe nicht darum, irgendjemandem zu verbieten, Sternchen oder Unterstriche zu verwenden, aber es solle auch kein staatlicher Zwang in dieser Richtung ausgeübt werden. Er bitte um Zustimmung.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

4 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9801

Verfahrensabsprache

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/9801 an den
Hauptausschuss – federführend – und den Haushalts- und Fi-
nanzausschuss am 24.06.2020)*

Sven Werner Tritschler (AfD) beantragt die Durchführung einer Anhörung.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk merkt an, die Modalitäten würden in einer Ob-
leuterunde festgelegt. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

5 Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW und über den Verfassungsschutzbericht 2019 (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3796

Elisabeth Müller-Witt (SPD) bedankt sich für den Bericht der Landesregierung.

Der Grund für die Beantragung dieses Tagesordnungspunkts sei Folgender: Ihrer Fraktion sei bewusst, welche organisatorischen Maßnahmen in dieser Hinsicht die Landesregierung ergriffen habe, aber man sei der Auffassung, dass gesetzliche Regelungen über organisatorische Maßnahmen stünden. Wenn im Gesetz stehe, dass der Hauptausschuss einmal im Jahr über den Verfassungsschutzbericht unterrichtet werden solle, dann sollte das auch geschehen, zumal es sicherlich Schnittmengen zwischen dem Verfassungsschutz und der Landeszentrale für politische Bildung gebe.

Im Verfassungsschutzbericht werde zur Präventionsarbeit ausgeführt. Diese Arbeit halte ihre Fraktion für ausgesprochen wichtig. Sie wolle wissen, wie sich momentan diese Präventionsarbeit gestalte.

Des Weiteren werde über das Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus berichtet. Sie bitte um Informationen über die angedachte Weiterentwicklung dieses Handlungskonzepts.

Abschließend frage sie nach Schnittmengen zwischen dem Angebot der Landeszentrale für politische Bildung und der Arbeit des Verfassungsschutzes.

MDgt Burkhard Freier (IM) schickt vorweg, dass zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus Herr Bösche ausführen werde. Er werde etwas zur Präventionsarbeit und zu den Schnittmengen sagen.

Es gebe derzeit einen hybriden Extremismus. Der Verfassungsschutz würde einen solchen Begriff nicht verwenden, da dieser rechtlich nicht umgesetzt werden könne, gemeint sei aber das, was im Verfassungsschutzbericht geschrieben stehe. In allen Extremismusbereichen und insbesondere im Rechtsextremismus finde eine zunehmende Entgrenzung statt. Das bedeute, Rechtsextremisten versuchten, immer weiter in Teile der Gesellschaft einzusickern, und verschleierten ihre wahren nationalsozialistischen Absichten. Damit fänden sie leider immer häufiger in gesellschaftlichen Kreisen eine Zustimmung, und zwar in der Form, dass sich die Grenze des Sagbaren verschiebe.

Dies sei bei der Demonstration in Berlin am vergangenen Wochenende mehr als deutlich geworden. Bei dieser Demonstration habe es Mischszenen gegeben, nämlich von Rechtsextremisten beeinflusste Szenen, Wutbürger, Esoteriker, Impfgegner, aber auch Rechtsextreme. Diese seien zusammen auf die Straße gegangen und hätten sich nicht wirklich voneinander getrennt.

Der Verfassungsschutz habe nicht nur die Aufgabe, dies zu erkennen, sondern müsse auch die Frage beantworten, was dagegen getan werde.

Es werde festgestellt, dass sich immer mehr Menschen über das Internet radikalisierten. Es gebe im Internet kaum noch eine Gegenrede, sondern vor allem einen Echo-raum, in dem sich eine Gruppe bestätige, die dann den Eindruck habe, dass sie inzwischen die Mehrheit sei. Vor allem im Rechtsextremismus gebe es eine Entwicklung hin zum Individualterrorismus. Dies bedeute, es gebe einen Tätertyp, der nicht in einer organisierten Szene sei, sondern sich selbst im Internet radikalisiere und mit Verschwörungsideologien arbeite.

Darüber hinaus gebe es immer mehr ein Demokratieunverständnis. Viele Menschen wüssten nicht mehr, welche gute Idee dahinter stehe und was diese bedeute.

Dies sei für die Präventionsarbeit insofern wichtig, als nicht nur die Frage beantwortet werden müsse, wie Demokratie erklärt und als bessere Idee dargestellt werde, sondern es gehe auch um Medienkompetenz. Jungen Menschen müsse erklärt werden, dass das, was im Internet stehe, nicht wahr sei, nur weil es im Internet stehe.

Der Verfassungsschutz werde somit im Rahmen der Präventionsmaßnahmen zukünftig stärker auf die Themen „Internet“ und „Medienkompetenz“ eingehen.

MDgt Klaus Bösche (MKW) lässt wissen, das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus sei 2016 vom damaligen Kabinett beschlossen und unter Federführung des damaligen Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport erarbeitet worden. Es habe damals die abgewogene Entscheidung gegeben, die Federführung für die weitere Umsetzung nicht dem Innenministerium oder dem Verfassungsschutz, sondern dem Ministerium für Kultur und Medien zu übertragen, das auch damals schon in vielen Bereichen der Prävention tätig gewesen sei. Im weiteren Follow-up sei die federführende Koordination der Landeszentrale für politische Bildung übertragen worden. Die neue Landesregierung habe Ende 2017 beschlossen, dieses entwickelte Handlungskonzept, das zunächst auf eine Zeitdauer von drei Jahren, also bis Ende 2019, angelegt gewesen sei, bis Ende 2020 zu verlängern. Im vergangenen Jahr sei eine Evaluation beschlossen und durchgeführt worden. Mitte August habe das Kabinett auf der Grundlage eines Berichts der Ministerin für Kultur und Wissenschaft beschlossen, das Integrierte Handlungskonzept unbefristet fortzuführen und etwa alle fünf Jahre auf seine Wirksamkeit und eventuell notwendige Anpassungen hin zu überprüfen.

In dem Handlungskonzept, das bislang mehr als 160 Maßnahmen umfasse, seien verschiedene Elemente, verschiedene Aktivitäten einer ganzen Reihe von Ressorts zusammengefasst worden. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Empfehlungen der Evaluation habe die Landesregierung außerdem die Ministerin für Kultur und Wissenschaft beauftragt, in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts die durch die Evaluatoren unterbreiteten Empfehlungen zu prüfen und bis zum Ende dieses Jahres – es könne aber auch sein, dass es Anfang nächsten Jahres werde – zu konkretisieren. In dem Zusammenhang würden jedenfalls nach seiner Einschätzung spezifischere Fragen zur künftigen Weiterentwicklung einzelner Aktivitäten der Ressorts und der zusammenführenden Aktivitäten beleuchtet.

Der Kabinettsausschuss Rechtsextremismus und Rassismus des Bundeskabinetts habe sich ebenfalls mit diesem Themenkreis befasst. Dieser habe seines Wissens gestern zum zweiten Mal getagt. Mitte August habe es eine Bund-Länder-Konferenz gegeben, bei der verschiedene Aktivitäten und Vorstellungen ausgetauscht worden seien. Er gehe davon aus, dass es auch auf der Bundesebene demnächst Entscheidungen über Fortsetzungen und weitere Spezifizierungen geben werde, die dann mit den noch auf Landesebene zu treffenden Entscheidungen verschränkt, synchronisiert und abgestimmt werden müssten.

Es sei absehbar, dass es auch neue bzw. zusätzliche Maßnahmen sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auch über die Aktivitäten, die bisher schon im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts auf Landesebene durchgeführt worden seien und künftig fortgesetzt werden sollten, geben werde.

In der Tat fokussiere sich das Integrierte Handlungskonzept schwerpunktmäßig auf den Bereich Prävention. Der Bereich Repression sei anderen Aufgabenfeldern anderer Ressorts zugeordnet.

Arndt Klocke (GRÜNE) sagt, über den Verfassungsschutzbericht werde sicherlich im Innenausschuss ausführlich beraten, sodass er sich darauf beschränke, sich für die bisherigen Ausführungen zu bedanken. Vielleicht gebe es aber auch die Möglichkeit, an anderer Stelle einmal intensiver darauf einzugehen. Beispielsweise sei Herr Freier auch schon einmal Gast in der grünen Fraktion gewesen und habe dort berichtet. Dies könnte auch für die anderen Fraktionen eine Option sein.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) verweist auf die Ausführungen von Herrn Bösche, der sehr deutlich gemacht habe, dass aus den verschiedenen Ressorts zum Handlungskonzept gegen Rechts zugearbeitet werde. Vor dem Hintergrund interessiere sie, was der Verfassungsschutz dazu beitragen könne. Schließlich gehe es im Verfassungsschutz nicht nur um Repression, sondern auch um Prävention, was sie durchaus begrüße.

MDgt Burkhard Freier (IM) lässt verlauten, der Verfassungsschutz habe zusammen mit der Staatskanzlei ein Projekt entwickelt. Es handele sich um ein Videospiel, mit dem man insbesondere auf junge Menschen zugehen wolle, um ihnen in ihrer Erlebniswelt die Themen „Rechtsextremismus“, „neue Rechte“, „Verschleierung von rechtsextremistischen Inhalten und Aktionsformen“ spielerisch näherzubringen. Dieses Projekt sei nach bisherigen Erkenntnissen – es laufe seit August – erfolgreich, weil auch in der Community darüber diskutiert werde.

Man werde sicherlich das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bundesweit zeigen und erklären, denn es sei festgestellt worden, dass die Projekte dann am wertvollsten seien, wenn sie nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit liefen.

Das Thema „Rassismus“ gehe inhaltlich weiter als das Thema „Rechtsextremismus“. Hier gehe es darum, nicht nur die Begriffe, sondern auch das zu erklären, was dahinter stecke.

Des Weiteren stelle man in der Beobachtung durch den Verfassungsschutz fest – auch das habe Auswirkungen auf die Prävention –, dass Fremdenfeindlichkeit immer niederschwelliger werde, dass sich Menschen über fremdenfeindliche Dinge unterhielten, ohne zu merken, dass diese fremdenfeindlich seien. Man müsse also sowohl bei repressiven als auch bei präventiven Maßnahmen viel früher einsteigen. Auch im Bereich Rechtsextremismus werde das Sagbare immer weiter verschoben. Dagegen müsse man sich frühzeitig aufstellen. Als Beispiel nenne er den Satz: „Ich arbeite bis zur Vergasung.“ Hier gelte es aufzuklären, was das bedeute. Hierzu habe man ein Projekt „Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ aufgelegt. Auch dies solle ausgebaut werden.

Das alles bedeute für das Handlungskonzept, früher anfangen, was die Begriffe betreffe, stärker in die Medien gehen und die Produkte und Projekte bundesweit vorstellen und fortführen. Dies habe auch für Nordrhein-Westfalen Vorteile, denn Rechtsextremisten und andere Extremisten wanderten von Bundesland zu Bundesland. Es bringe also etwas, es weiterzutragen.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk bedankt sich für die Ausführungen.

6 Verschiedenes

a) Beratungen Haushalt 2021

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk teilt mit, die erste Lesung im Plenum erfolge am 7. und 8. Oktober 2020. Für das weitere Beratungsverfahren habe man den Ob-leuten einen Vorschlag übersandt. Er habe keine Hinweise bekommen, der den Fahr-plan des Hauptausschusses, der sein Beratungsverfahren mit einer zusätzlichen Aus-schusssitzung am 3. Dezember abschließen werde, betreffe. Der Hinweis aus dem HFA laute, dass der Hauptausschuss sein Votum voraussichtlich bis zum 4. Dezember abgegeben haben müsse. Die abschließende Festlegung bezüglich der zweiten und dritten Lesung im Plenum erfolge noch im Ältestenrat. Vorbehaltlich des Fahrplans, der sich aus dem HFA abzeichne, würde man gut damit fahren, bis zum 3. Dezember fertig zu sein. Sollte das eher der Fall sein müssen, müsse der Fahrplan gestrafft wer-den. – Der Vorsitzende stellt im Ausschuss Einverständnis dazu fest, nach dem den Ob-leuten bekannten Verfahren zu verfahren.

b) Neue Sitzungsslots der Ausschüsse

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk verweist auf die Information 17/257, mit der der Präsident mitgeteilt habe, dass der Ältestenrat einen neuen Sitzungsplan festge-legt habe. Hiernach betrage das Zeitfenster für die Ausschüsse, die vormittags tagten, 9:30 Uhr bis maximal 12:30 Uhr.

Er schlage vor, mit den Sitzungen des Hauptausschusses weiterhin um 10:30 Uhr zu beginnen. Möglicherweise sollte aber mit Anhörungen schon um 9:30 Uhr begonnen werden.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) spricht sich bei Anhörungen für einen Beginn um 9:30 Uhr aus. Dies sei eine Frage des Respekts vor den Sachverständigen.

c) Verschobene Anhörung zum Paritätsgesetz Drucksache 17/7753

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk weist darauf hin, dass sich die Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen bezüglich der verschobenen Anhörung zum Paritätsgesetz nach dem Stand der Dinge erkundigt habe. Diesbezüglich erinnere er an die generelle Schwierigkeit, dass die Raumkapazität im Landtag es nicht gerade erleichtere, alle Anhörungen und Veranstaltungen unter den gegebenen Vorausset-zungen durchzuführen. Er schlage vor, hierüber in einer Ob-leuterunde zu sprechen. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

d) Förderantragsverfahren Stalag 326 (*Bericht beantragt von den Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk merkt an, bezüglich des Förderantragverfahrens Stalag 326 müsse das Verfahren abgesprochen werden.

Daniel Hagemeier (CDU) führt im Namen der vier antragstellenden Fraktionen aus, dass es im Oktober zu früh wäre, darüber zu sprechen. Insofern, so der Abgeordnete, sollte dies im November geschehen. Zur Vorbereitung auf die Sitzung sollte dem Ausschuss bis Anfang November ein Sachstandsbericht zugeleitet werden. Dann gebe es eine Grundlage, über die gesprochen werden könne.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) regt an, Vertreter des Fördervereins zur Sitzung einzuladen, damit diese Nachfragen beantworten könnten. Es handele sich um ein großes Projekt, das sowohl Landes- als auch Bundesrelevanz habe. Auch sie finde es richtig, erst im November darüber zu beraten. Bis dahin sei ausreichend Zeit, dies mit den Betroffenen abzustimmen.

PStS Klaus Kaiser (MKW) legt dar, es gehe darum, dass das Stalag 326 als gesamtstaatliche Einrichtung anerkannt werde und der Bund in eine Förderung einsteige. Dazu sei zum 1. September seitens des LWL über die Landeszentrale für politische Bildung ein Antrag in Höhe von 3,33 Millionen Euro eingereicht worden. Dieser werde begutachtet. Damit, wenn der Bund einsteige und gleichzeitig die Expertenkommission dies positiv bewerte, sei gleichzeitig die Anerkennung als gesamtstaatliche Einrichtung verbunden. Dann gehe man davon aus, dass dies als bundesweit relevant eingestuft werde. Das Expertengremium tage am 22. Oktober. Der Antrag sei fristgerecht eingereicht worden, sei bestätigt worden. Wie weit im November die Auswertung sei, werde man sehen. Gegebenenfalls werde man im November Bericht erstatten können. Er schlage vor, in Kontakt zu bleiben. Die Voraussetzungen, um das Projekt nach vorne zu tragen, seien gegeben.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk gibt den Hinweis, dass am 5. November auch die Einbringung und erste Lesung des Haushalts 2021 im Ausschuss stattfindet. Über den Ablauf dieser Sitzung sollte daher in einer Obleutesitzung gesprochen werden. Er halte aber fest, dass der Ausschuss einen Bericht zum Stalag 326 zur Sitzung am 5. November erhalte.

gez. Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender

2 Anlagen

10.09.2020/15.09.2020

73



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Dr. Marcus Optendrenk MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Elisabeth Müller-Witt MdL
Sprecherin im Hauptausschuss

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 25 12
Fax: 0211 - 884 31 86

elisabeth.mueller-
witt@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion.nrw

24.08.2020

Bitte um eine Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW und zum Verfassungsschutzbericht 2019 zur Sitzung des Hauptausschusses am 3. September 2020 durch die Landesregierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion beantrage ich für die Sitzung des Hauptausschusses am 3. September 2020 folgenden Tagesordnungspunkt:

Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW und über den Verfassungsschutzbericht 2019

Gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW soll „das für Inneres zuständige Ministerium dem Hauptausschuss des Landtags jährlich über Maßnahmen nach § 5 Absatz 2 Nummer 6, 7 und 10 bis 14 berichten; § 26 Absatz 2 gilt entsprechend.“

Mit Bericht vom 15. Mai 2020 erfolgte unter der Vorlagennummer 17/3401 eine entsprechende Berichterstattung an den Innenausschuss als den „für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständigen Ausschuss“, eine, wie bis zum Berichtszeitraum 2017 erfolgte Berichterstattung an den Hauptausschuss erfolgte mithin nicht. Weiterhin erfasste die Berichterstattung bis 2017 nicht nur die von § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW umfassten Maßnahmen, sondern auch die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes bis Januar 2017 für 2015. Da neben dem Innenausschuss auch der Hauptausschuss in vielfältiger Weise Überschneidungen mit den Themenfeldern des Verfassungsschutzes aufweist, ist eine zusätzliche Berichterstattung, die eine andere Schwerpunktsetzung als die des Innenausschusses aufweist, wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen



Elisabeth Müller-Witt MdL
Sprecherin im Hauptausschuss



CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

SPD-Fraktion
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Daniel Hagemeier MdL
Sprecher im
Hauptausschuss
daniel.hagemeier
@landtag.nrw.de

Elisabeth Müller-Witt MdL
Sprecherin im
Hauptausschuss
elisabeth.mueller-witt
@landtag.nrw.de

Angela Freimuth MdL
Sprecherin im
Hauptausschuss
angela.freimuth
@landtag.nrw.de

Arndt Klocke MdL
Sprecher im
Hauptausschuss
arndt.klocke
@landtag.nrw.de

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Dr. Marcus Optendrenk MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sachstand im Förderantragsverfahren Stalag 326

Bitte um einen Bericht der Landesregierung

2. September 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen wir einen Bericht der Landesregierung zu folgendem Tagesordnungspunkt:

„Sachstand im Förderantragsverfahren Stalag 326“

Stalag 326 (VI K) gilt als das größte Kriegsgefangenenlager für sowjetische Soldaten auf deutschem Boden mit mehr als 300.000 Inhaftierten. Die sowjetischen Kriegsgefangenen sind mit mehr als drei Millionen Opfern nach den europäischen Juden die zweitgrößte Opfergruppe der NS-Diktatur. Von 1946 bis 1947 diente der britischen Besatzungsmacht das Stalag als Internierungslager. Nach 1948 nutzte das Land Nordrhein-Westfalen das Gelände für das Sozialwerk Stukenbrock, ein Aufnahmecamp für Flüchtlinge und Vertriebene. 1970 wurde die Landespolizeischule auf das Gelände verlegt. Noch heute dient das Gelände der Polizei als "Bildungszentrum für fachpraktisches Training". Somit liegt die Gedenkstätte noch heute auf Polizeigelände.

Im Dezember 2016 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, „mit dem Bund zu prüfen, wie die Dokumentationsstätte Stalag 326 langfristig so unterstützt werden kann, dass sie ihrer wachsenden internationalen Bedeutung gerecht werden kann.“ Der LWL hat die Aufgabe übernommen, die Gedenkstätte zu einer Gedenkstätte mit gesamtstaatlicher Bedeutung zu entwickeln. Unter Einbeziehung einer in Auftrag

gegebenen Machbarkeitsstudie soll im Herbst 2020 ein Förderantrag beim Bund eingereicht werden. Finanziell gefördert wird die Antragstellung durch die Landeszentrale für politische Bildung. Ziel ist die Errichtung einer angemessenen Gedenkstätte bis 2025.

Wir erbitten einen Bericht, wie der Sachstand zur Förderantragstellung fortgeschritten ist, wie der aktuelle Stand der Projektplanung aussieht und inwieweit die Frage der Trägerschaft für die zukünftige Gedenkstätte bereits beantwortet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Hagemeyer
Sprecher der CDU-Fraktion
im Hauptausschuss

Elisabeth Müller-Witt MdL
Sprecherin der SPD-Fraktion
im Hauptausschuss

Angela Freimuth
Sprecherin der FDP-Fraktion
im Hauptausschuss

Arndt Klocke
Sprecher der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen im Hauptausschuss